

Barnouin, Barbara

**Article — Digitized Version**

## Die außenhandelspolitische Haltung der US-Gewerkschaften

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Barnouin, Barbara (1972) : Die außenhandelspolitische Haltung der US-Gewerkschaften, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 10, pp. 529-533

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134456>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

USA

# Die außenhandelspolitische Haltung der US-Gewerkschaften

Barbara Barnouin, Washington

**Die amerikanischen Gewerkschaften verfügen in den USA über ein starkes politisches Gewicht. Um so alarmierender ist für die Handelspartner der USA ihre zunehmende Tendenz zu protektionistischen Maßnahmen, die sich in der Burke-Hartke-Gesetzesvorlage niedergeschlagen hat.**

Der größte Teil der amerikanischen Gewerkschaften ist traditionsgemäß immer für einen Freihandel eingetreten. In den letzten zwei Jahren sind jedoch in den Gewerkschaften immer mehr Stimmen laut geworden, die sich gegen einen freien internationalen Handel und für protektionistische Maßnahmen aussprechen. Dieser Stimmungswandel ist vor allem auf die hohe Arbeitslosigkeit in den Vereinigten Staaten und auf die sich ständig verschlechternde US-Handelsbilanz zurückzuführen.

## Defizit in der US-Handelsbilanz

Seit 1893 war die Handelsbilanz der Vereinigten Staaten ununterbrochen positiv. Ab Mitte der 60er Jahre verringerte sich jedoch der Ausfuhrüberschuß ständig, und 1971 schloß die US-Handelsbilanz zum erstenmal seit 78 Jahren mit einem Defizit von über 2 Mrd. \$ ab<sup>1)</sup>. Für 1972 erwartet man eine erhebliche Erhöhung dieses Defizits<sup>2)</sup>.

In der zweiten Hälfte der 60er Jahre erhöhten sich die jährlichen Güterimporte um durchschnittlich 13,9%. Bei den industriellen Erzeugnissen lag diese Rate mit 19,6% sogar noch höher. Der Wert der Gesamtimporte erhöhte sich von 21 Mrd. \$ im Jahre 1965 auf 36 Mrd. \$ im Jahre 1969. Die Wachstumsrate der Exporte betrug während der letzten Dekade 7,4%, während die Importe in dieser Zeitspanne jährlich um 10,2% zunahmen<sup>3)</sup>. Die höchsten jährlichen Einfuhrdaten waren bei der Pelzbekleidung mit 57%, bei den Automobi-

len mit 48,5% und bei den elektrischen Haushaltsgeräten mit 46,8% zu verzeichnen. Zu den Gütern, die einen jährlichen Importanstieg von mehr als 30% zu verzeichnen hatten, gehören Eisen-, Stahl-, Schmiede- und Gußerzeugnisse, Telekommunikationsapparate und -teile, Generatoren, Schuhe usw.<sup>4)</sup>.

## Hohe Inflationsrate

Die Verschlechterung der amerikanischen Handelsbilanz ist vor allem auf drei Ursachen zurückzuführen. An erster Stelle ist die Inflationsrate zu nennen, die sich insbesondere in der zweiten

1) U.S. Department of Commerce, U.S. Foreign Trade, Highlights of Exports and Imports, verschiedene Ausgaben.

2) Ebenda, August 1972.

3) United States Tariff Commission, Competitiveness of U.S. Industries, TC Publication 473, Washington, D.C., April 1972.

4) U.S. Tariff Commission, a. a. O., Tabelle 3, S. 8.

*Barbara Barnouin, M.S. und Diplom-Politologin, war bis vor kurzem in der Auslandsabteilung der amerikanischen Stahlarbeitergewerkschaft tätig. Seit dem 1. Oktober 1972 beschäftigt sie sich als Angestellte der Automobilarbeitergewerkschaft vor allem mit Problemen des internationalen Handels, der multinationalen Gesellschaften und den damit zusammenhängenden Fragenkomplexen.*

Hälfte der 60er Jahre spürbar erhöhte. Die hohen Inlandspreise führten dazu, daß die amerikanischen Produzenten einen Teil des sich erweiternden Weltexportmarktes an die ausländischen Konkurrenten verloren haben und daß sich die Importe der USA erhöhten. Drei Indizes charakterisieren die Preisentwicklung besonders deutlich:

□ Der Großhandelspreisindex für industrielle Erzeugnisse war von 1960 bis 1965 konstant. Von 1965 bis 1969 stieg er jedoch im Jahresdurchschnitt um 12%. Mit Ausnahme von Kanada hatte kein anderes Industrieland einen so starken Anstieg des Großhandelspreisindex zu verzeichnen.

□ Der Preisindex für industrielle Rohstoffe, der zwischen 1960 und 1965 um 3% gefallen war, erhöhte sich in der zweiten Hälfte der 60er Jahre um 10%.

□ Die höchste Steigerung weist der Preisindex für Exportgüter auf. Während er sich in der Zeit von 1960 bis 1965 nur um 1% erhöhte, stieg er von 1965 bis 1969 um jährlich 13%<sup>5)</sup>.

Da die meisten Handelspartner der Vereinigten Staaten mit Ausnahme von Kanada und Großbritannien in der zweiten Hälfte der 60er Jahre geringere Inflationsraten hatten, verschlechterte sich die Wettbewerbsfähigkeit der amerikanischen Erzeugnisse. Daneben erhöhten sich auch die Lohnstückkosten in den USA in der Periode von 1965 bis 1969 mit 16% stärker als z. B. in der Bundesrepublik (10%), in Frankreich (3%) und in Japan (2%).

### Strukturelle Veränderungen

Als zweite Ursache der Verschlechterung der US-Handelsbilanz sind die strukturellen Veränderungen zu nennen, die sich im Laufe der letzten zehn Jahre in den Volkswirtschaften der US-Handelspartner vollzogen haben. Die meisten Länder haben den Vorsprung der USA im Hinblick auf die angewandte industrielle Technologie aufgeholt. Handelsblöcke haben sich entwickelt und in ihren Strukturen verstärkt, und dort, wo dies nicht geschah, sehen sich die USA wie im Falle Japans einer Wirtschaft gegenüber, die die höchste Wachstumsrate der Welt aufweist und deren Anteil am Welthandel sich von 1967 bis 1970 um 30% erhöhte<sup>6)</sup>.

Als dritte Ursache für die negative Entwicklung der amerikanischen Welthandelsposition werden die Aktivitäten der multinationalen Gesellschaften genannt<sup>7)</sup>. Und viele Gewerkschaften sehen hier-

in die Hauptursache der Verschlechterung der US-Handelsbilanz. Die Entwicklung der Direktinvestitionen der multinationalen Unternehmen im Ausland in der Zeit von 1960 bis 1970 ist bemerkenswert, der Bestand erhöhte sich von 31,865 Mrd. \$ 1960 auf 78,090 Mrd. \$ 1970<sup>8)</sup>.

### Verlust an Arbeitsplätzen

Die Gewerkschaften sind über die Verluste an Arbeitsplätzen besorgt, die aufgrund der Verschlechterung der Welthandelsposition der USA und der Aktivitäten der multinationalen Gesellschaften aufgetreten sein könnten. Von seiten der Gewerkschaften wird dabei immer wieder hervorgehoben, daß man diese beiden Phänomene nicht voneinander trennen kann. Für sie bedeutet sowohl die Einfuhr von Produkten als auch die Ausfuhr von Kapital zunächst einmal Produktion, die nicht in den USA stattfindet und deshalb zu Verlusten von Arbeitsplätzen führt.

In der Zeit von 1959 bis 1970 war die Arbeitslosenrate in den USA durchschnittlich 2,4mal so hoch wie diejenige der sechs wichtigsten US-Handelspartner<sup>9)</sup>. Verglichen mit anderen Ländern hängt die Sicherheit der Familie des amerikanischen Arbeiters in viel stärkerem Maße von seinem Arbeitsplatz ab, weil die soziale Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten sehr mangelhaft ist. Im allgemeinen bedeutet der Verlust des Arbeitsplatzes daher mehr als nur Lohnausfall. Da es in den USA z. B. keine staatlich organisierte Krankenversicherung gibt, führt der Verlust des Arbeitsplatzes zugleich zu einem Verlust der Krankenversicherung. Hinzu kommt, daß der Arbeiter aufgrund des weitverbreiteten Systems der Seniorität am Arbeitsplatz bei einem Stellungswechsel auf der Lohnskala und hinsichtlich seiner Pensionsansprüche auf der niedrigsten Stufe neu beginnen muß. Dies alles erklärt, warum das Außenhandelsproblem viele Emotionen hervorruft und manchmal zu unsachlichen Argumenten führt.

In einer Studie des Industrial Union Department des Gewerkschaftsbundes (AFL-CIO)<sup>10)</sup> wurde z. B. gezeigt, daß der Außenhandel in den Jahren 1966 bis 1969 für den Verlust von 0,5 Mill. Arbeitsplätzen verantwortlich war. Nach einer Schätzung des Bureau of Labor Statistics (BLS) gab es im Jahre 1966 2,5 Mill. Arbeitsplätze, die ihre Existenz den Exporten verdankten. Diese Zahl schließt

7) Ebenda, S. 47 ff.

8) Vgl. Survey of Current Business, Department of Commerce, Oktober 1970 und Oktober 1971.

9) Vgl. Nat Weinberg: U.S. International Policies and Labor, Paper for the German-American Forum, Washington, D.O., April/Mai 1972, S. 1.

10) Vgl. Industrial Union Department, AFL-CIO: Needed: A Constructive Foreign Trade Policy, Washington, D.C., Oktober 1971.

5) U.S. Tariff Commission, a. a. O.

6) Vgl. U.S. Foreign Economic Policy for the 1970's: A new Approach to New Realities, A Policy Report by an NPA Advisory Committee, National Planning Association, Washington, D.C., November 1971, S. 4 ff.

diejenigen Arbeitsplätze ein, die durch den Transport, die Verladung und die Versicherung der Exportgüter entstanden sind. 1969 erhöhte sich diese Ziffer auf 2,7 Mill. Andererseits schätzte das BLS, daß man 1966 1,8 Mill. Arbeitsplätze geschaffen hätte, wenn man die importierten Güter in den USA produziert hätte. Diese Ziffer erhöhte sich 1969 auf 2,5 Mill. Auf der Basis dieser Zahlen wurde angenommen, daß sich während der hier betrachteten 3 Jahre die Zahl der Arbeitsplätze, die durch Importe verlorengingen, um 700 000 erhöhte, während sich die Zahl der Arbeitsplätze, die durch Exporte geschaffen wurden, nur um 200 000 erhöhte. Demnach betrug der Nettoverlust an Arbeitsplätzen 500 000. Diese Zahl erhöhte sich bis heute auf 900 000<sup>1)</sup>). Daß diese Argumentation sehr fadenscheinig ist, läßt sich durch einen zweiten Blick auf die Ziffern feststellen. Denn auf der Grundlage derselben Zahlen kann man zum Ergebnis kommen, daß dem Außenhandel im Jahre 1969 200 000 Arbeitsplätze zu verdanken waren.

### Multinationale Gesellschaften

Den Einfluß der Aktivitäten der multinationalen Gesellschaften auf die Arbeitsplätze kann man zahlenmäßig kaum erfassen. Einige allgemeine Aspekte können jedoch hervorgehoben werden. So bedeutet die Ausfuhr von Kapital eine Verringerung der Produktionsmöglichkeiten in den USA anstelle einer Erhöhung, die dann stattgefunden hätte, wenn das Kapital in den Vereinigten Staaten investiert worden wäre. Weiter kann die Ausfuhr von Kapital eine verminderte Nachfrage nach US-Exporten zur Folge haben, wenn die Inputs für die Produktion im Ausland auf den Auslandsmärkten gekauft werden. Außerdem führen die amerikanischen Gesellschaften, die Auslandsniederlassungen haben, zumindest einen Teil ihrer im Ausland hergestellten Produkte in die Vereinigten Staaten ein.

Heute ist Außenhandel mehr und mehr zum Handel zwischen den verschiedenen Zweigen der multinationalen Unternehmen geworden. Diese Gesellschaften sind Monopsonisten auf den Arbeitsmärkten und Oligopolisten auf den Produktmärkten, und sie bringen somit die Arbeiter und die Verbraucher um die Vorteile, die ihnen aufgrund der traditionellen Handelstheorie durch einen Freihandel entstehen würden.

### Reaktionen in den Gewerkschaften

Bei den Reaktionen der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung auf die gegenwärtigen Probleme des US-Außenhandels lassen sich zwei

Tendenzen feststellen. Die am weitesten verbreitete Reaktion ist der Ruf nach Protektionismus in seiner stärksten Form, der vom amerikanischen Gewerkschaftsbund (AFL-CIO) gefördert wird. Die zweite Einstellung ist liberaler und entspricht noch immer weitgehend der traditionellen Haltung der US-Gewerkschaften zugunsten des Freihandels. Sie wird von der Automobilarbeitergewerkschaft vertreten, einer der größten Gewerkschaften der Vereinigten Staaten, die jedoch nicht dem AFL-CIO angehört.

Der von der AFL-CIO geforderte Protektionismus drückt sich am deutlichsten in einer Gesetzesvorlage aus, und zwar im sogenannten Foreign Trade and Investment Act von 1972. Diese Gesetzesvorlage ist von der AFL-CIO verfaßt und von Senator Hartke und dem Abgeordneten Burke dem Kongreß vorgelegt worden.

Die Burke-Hartke Bill schlägt zunächst die Einführung von Importquoten auf der Basis der Einfuhren in der Zeit von 1965 bis 1969 vor. Die Quo-

**ich**  
rechne  
mit der BfG\*)

\*) BfG  
Bank für Gemeinwirtschaft  
Wenn ich Geld anlegen  
will. Oder wenn ich Geld brauche.

<sup>1)</sup> Vgl. Committee on Political Education, AFL-CIO, Memo From COPE, 3. Juli 1972.

ten sollen sich in einem bestimmten Verhältnis zur inländischen Produktion verändern, d. h. bei einer Erhöhung der Inlandsproduktion eines Erzeugnisses darf mehr von diesem Produkt eingeführt werden und umgekehrt<sup>12)</sup>. Ausnahmen von diesem Quotensystem sind nur dann gestattet, wenn eine bestimmte Industrie nicht genügend Anstrengungen unternimmt, um wettbewerbsfähig zu bleiben, oder wenn ein bestimmtes Produkt überhaupt nicht oder nur in geringen Mengen in den USA hergestellt wird<sup>13)</sup>.

Die geforderte Einführung eines Quotensystems wird von den Befürwortern des Freihandels besonders stark angegriffen. Sie befürchten, daß solch ein System zu Gegenmaßnahmen von Seiten der US-Handelspartner und damit zu einem weltweiten Handelskrieg führen könnte. In den Stellungnahmen zugunsten des vorgeschlagenen Quotensystems wird auf diese Möglichkeit entweder gar nicht eingegangen, oder aber es wird entgegengehalten, daß das Quotensystem auf einer Periode basiert, in der die Einfuhr sich so stark erhöhte, daß man zumindest in der Anfangsphase nach Einführung dieses Gesetzes kaum mit einer erheblichen Verringerung der Importe zu rechnen habe.

Ein anderer Teil der Burke-Hartke-Gesetzesvorlage befaßt sich mit den Direktinvestitionen der US-Gesellschaften im Ausland. Es wird vorgeschlagen, daß die Gewinne der amerikanischen Tochtergesellschaften im Ausland genauso besteuert werden sollen wie die Gewinne der Gesellschaften in den USA. Die Profite sollen nicht nur dann besteuert werden, wenn sie in die USA fließen, sondern schon bei ihrem Auftreten im Ausland. Außerdem sollen die Steuerkredite aufgehoben werden, die die US-Gesellschaften beanspruchen können, wenn sie einer ausländischen Besteuerung unterworfen sind. Daneben sollen auch die staatlichen Kredite für Auslandsinvestitionen abgeschafft werden<sup>14)</sup>.

Schließlich fordert der Gesetzentwurf, daß die Ausfuhr von Privatkapital einer strikten Kontrolle unterliegen soll. Die Befugnis, Direktinvestitionen im Ausland zu verhindern, soll beim Präsidenten der Vereinigten Staaten liegen, der von ihr immer dann Gebrauch machen soll, wenn nachgewiesen werden kann, daß solch eine Ausfuhr von Privatkapital zur Arbeitslosigkeit in den USA führen könnte<sup>15)</sup>.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund startete im Kongreß zugunsten des Burke-Hartke-Gesetzes-

vorschlag eine große Lobby-Aktion. Dafür wurde eine spezielle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Präsidenten ihrer größten Mitgliederorganisation, der Stahlarbeitergewerkschaft, gegründet<sup>16)</sup>. In der gegenwärtigen Wahlkampagne betrachtet der Gewerkschaftsbund die Stellungnahme für oder gegen den Burke-Hartke-Entwurf als Gretchenfrage.<sup>17)</sup>

### Automobilarbeiter für Freihandel

Obwohl die Automobilindustrie auf ihrem Inlandsmarkt einen sehr starken Anstieg der ausländischen Konkurrenz zu verzeichnen hat, sieht die Führung der Automobilarbeitergewerkschaft das Problem des Außenhandels viel differenzierter als ihre Kollegen von der AFL-CIO. Die Automobilarbeitergewerkschaft betont immer wieder, daß die Automobilindustrie den Verlust ihres Marktanteils an ausländische Konkurrenten nur sich selbst zuschreiben habe, weil sie während der letzten zwei Jahrzehnte nichts für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit tat<sup>18)</sup>. Ein Einfuhrquotensystem würde die Automobilindustrie nur in ihrer unprogressiven Haltung bestärken. Die Gewerkschaft hat deshalb eine sogenannte „Competition Promotion Tax“ vorgeschlagen, die denjenigen Industrien auferlegt werden soll, bei denen außergewöhnlich hohe Profitraten und ein starker Marktanteil ausländischer Konkurrenten bestehen, wie es bei der Automobilindustrie der Fall ist.

Auf ihrem letzten Kongreß verabschiedete die Automobilarbeitergewerkschaft eine Entschließung zugunsten des Freihandels. Das bedeutet jedoch nicht, daß sie das Problem der Arbeitslosigkeit, soweit es seine Ursache in den internationalen Handelsbeziehungen hat, übersieht. Ihre Haltung zu den gegenwärtigen Problemen des internationalen Handels basiert jedoch auf dem Prinzip, daß die Arbeiter gegen die negativen Effekte, die aufgrund der Außenhandelsentwicklung entstehen können, auf eine Weise geschützt werden, die die Entwicklung internationaler Handelsbeziehungen nicht stört.

Als Lösung schlägt die Automobilarbeitergewerkschaft den Ausbau eines Systems vor, das bereits im Trade Expansion Act von 1962 zu finden ist. Es handelt sich dabei um Anpassungshilfen, die so konzipiert sind, daß der einzelne unter einer Politik, die im Interesse der Gesamtheit durchgeführt werden muß, nicht zu leiden hat. Das bedeutet, daß die Arbeiter für die Verluste ihrer

<sup>12)</sup> Vgl. 92nd Congress, 1st Session, S-2592, HR 10914, Titel III, 301-303.

<sup>13)</sup> Ebenda, Titel III, 301.

<sup>14)</sup> Ebenda, Titel I.

<sup>15)</sup> Ebenda, Titel IV.

<sup>16)</sup> Vgl. AFL-CIO News, 6. Mai 1972.

<sup>17)</sup> Vgl. COPE, a. a. O.

<sup>18)</sup> Vgl. Statement of Douglas A. Fraser, UAW, before the Subcommittee on Foreign Economic Policy, House Foreign Affairs Committee on Adjustment Assistance, 17. Mai 1972, S. 5 ff.

Arbeitsplätze und der damit verbundenen Vergünstigungen entschädigt werden sollen, wenn der Verlust der Arbeitsplätze auf die Außenhandelsbeziehungen zurückzuführen ist. Keiner soll von den Kosten des Außenhandels, die eine Folge und eine Voraussetzung seiner Vorteile sind, mehr zu tragen haben, als er an Steuern zur Finanzierung des Anpassungshilfeprogramms zahlen muß<sup>19)</sup>.

Wenn auch die Automobilarbeitergewerkschaft als einzige große amerikanische Gewerkschaft für den Freihandel eintritt, so ist sie doch in starkem Maße für eine staatliche Kontrolle der multinationalen Gesellschaften. In diesem Zusammenhang sprach sie sich für ein System von Lizenzen für private Direktinvestitionen im Ausland aus. Die Lizenzvergabe sollte nach ihren Vorstellungen davon abhängig gemacht werden, wie stark die Arbeiter durch Importe oder durch eine Verringerung der Exporte geschädigt werden und wie weit das betreffende Unternehmen bereit ist, seine Arbeitskräfte für solche Nachteile finanziell zu

entschädigen. Außerdem sollte die Vergabe der Lizenzen davon abhängen, wie sich das Unternehmen im Ausland gegenüber seinen Arbeitskräften verhält. Hierbei wird Schweden als Musterbeispiel erwähnt. In Schweden werden Privatinvestitionen im Ausland nur dann von der Regierung versichert, wenn das Unternehmen einen gewissen Standard bei den Tarifvereinbarungen, Pensionen, Krankenversicherungen usw. aufrechterhält<sup>20)</sup>.

Zur Zeit haben die Vorschläge der Automobilarbeitergewerkschaft noch nicht das Stadium eines Gesetzentwurfes und diejenigen des AFL-CIO noch nicht Gesetzeskraft erreicht. Die Möglichkeit, daß der Burke-Hartke-Entwurf noch während der Legislaturperiode 1972 Gesetz wird, schätzt man im allgemeinen als sehr gering ein. Da die amerikanischen Gewerkschaften jedoch über ein starkes politisches Gewicht in den Vereinigten Staaten verfügen, wird ihren Vorschlägen in politischen und wirtschaftlichen Kreisen mit Recht große Beachtung geschenkt.

<sup>19)</sup> Vgl. D. A. Fraser, a. a. O.

<sup>20)</sup> Vgl. N. Weinberg, a. a. O., S. 8 ff.

# Reihe AFRIKA-STUDIEN

HERAUSGEGEBEN VON DER AFRIKA-STUDIENSTELLE DES IFO-INSTITUTS FÜR  
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG, MÜNCHEN

NEUERSCHEINUNG

NEW PUBLICATION

Vojislav Popovic

**TOURISM IN EASTERN AFRICA**

208 pages, 68 tables,  
Hard cover, DM 48.—

African Studies No. 73  
ISBN 3 8039 0059 X

The rapid growth of tourism has caused overcrowding and traffic congestion in the traditional tourist areas in Europe and tourists are looking for new destinations overseas. At the same time, technological progress has reduced the cost of travel and made overseas holidays accessible to ever wider sections of the public. After Southern Europe and North Africa the tourist boom is now spreading to Eastern Africa which offers a rich assortment of tourist highlights that have found greatest favour with the public. Tropical seas with sheltered beaches, wildlife and beautiful scenery, magnificent waterfalls, lakes and mountains, a friendly and attractive population, folkdancing, handicrafts, unusual architecture and a climate which is truly pleasant nine to ten months a year assure a bright future for African tourism. While most African countries are aware of this and are successfully developing tourism, there are still important problems to be solved if faster development is to be secured. This is shown in chapters VII to XVIII which contain condensed information on tourism of eleven Eastern African countries and in the analysis in chapter I to VI of the basic factors of tourism which are common for the entire sub-region.

**WELTFORUM VERLAGS GMBH**

8000 München 19 · Hubertusstraße 22